

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. Dezember 1950.

189/J

A n f r a g e

der Abg. K o p l e n i g und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Verletzung der Verfassung durch ein Geheimzirkular zur
Verhinderung von Reisen in Länder der Volksdemokratie.

Der Herr Bundesminister für Inneres liess an alle Sicherheitsdirektionen
und Bundespolizeibehörden einen "streng vertraulichen" Erlass betref-
fend "Gruppenreisen von Österreichern in volksdemokratische Staaten" ergehen.
In diesem Erlass heisst es:

"Österreichische Reisegruppen, die als Delegationen, Deputationen,
sogenannte Arbeitsbrigaden, zwecks Teilnahme an Kongressen und Veranstal-
tungen oder zu ähnlichen Zwecken in volksdemokratische Staaten gefahren
sind, haben, wie dem ho. Amte bekannt wurde, dortselbst vielfach eine
politische Tätigkeit entfaltet, die der Politik der Bundesregierung und
der Einstellung der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes
zuwiderlief und eine Gefährdung des Ansehens und der internationalen
Stellung Österreichs darstellte.

Es ergeht daher die Einladung, in Hinkunft über alle dem do. Amte
zur Kenntnis gelangenden Reisevorhaben der erwähnten Art jeweils auf dem
kürzesten Wege anher zu berichten und vor der Ausstellung von Reise-
pässen an Teilnehmer solcher Reisen eine ho. Weisung einzuholen."

Dieser unverschämte Erlass trägt die Unterschrift des Herrn Bundes-
ministers Helmer. In strenger Vertraulichkeit werden hier verfassungsmässige
Rechte österreichischer Staatsbürger verletzt und Grundsätze der Demokratie
mit Füßen getreten. Das Ansehen und die internationale Stellung Österreichs
werden nicht durch Reisegruppen in volksdemokratische Staaten, sondern durch
die antidemokratischen Willkürakte des Bundesministers für Inneres gefährdet.
Es ist allgemein bekannt, dass der Bundesminister für Inneres den wesentlichen
Inhalt seiner politischen Tätigkeit darin erblickt, eine die Interessen
Österreichs schädigende und gegen gutnachbarliche Beziehungen gerichtete
Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie zu

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. Dezember 1950.

entfalten. Jeder österreichische Staatsbürger, der Gelegenheit hat, die Länder der Volksdemokratie aus eigener Anschauung kennenzulernen, wird zu einem Kronzeugen gegen die Hasspropaganda der Regierungspolitiker und zu einem Fürsprecher der so dringend nötigen Völkerverständigung. Aus diesem und aus keinem anderen Grunde will der Bundesminister für Inneres Reisen in die Länder der Volksdemokratie unterbinden und fortschrittlichen Österreichern nicht gestatten, den vom kapitalistischen Westen erfundenen "Eisernen Vorhang" zu durchbrechen. Mit verfassungswidrigen antidemokratischen Massnahmen will der Herr Bundesminister für Inneres verhindern, dass freundschaftliche Beziehungen mit unseren Nachbarvölkern entstehen und die Wahrheit über die Volksdemokratie bekannt werde.

Wir richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, seinen verfassungswidrigen, das Ansehen und die internationale Stellung Österreichs gefährdenden Geheim-
erlass zurückzuziehen und im Reiseverkehr österreichischer Staatsbürger die demokratischen Grundrechte, auf die er vereidigt wurde, zu respektieren?
